



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2018/0770

Veranlasser / Verursacher:
DIE LINKE.

Datum: 07.02.2018

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft,,

Beratungsfolge:

| Gremium | am | Top | Status |
|--|------------|------------|---------------|
| Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen | 01.03.2018 | | öffentlich |
| Haupt- und Finanzausschuss | 05.03.2018 | | öffentlich |
| Kreistag | 08.03.2018 | | öffentlich |
| Kreistag | 07.05.2018 | | öffentlich |

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Kassel beauftragt den Kreisausschuss des Landkreises Kassel mit der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung von sozialem Wohnraum.

Begründung:

Gemäß Bericht zum Prüfauftrag vom 11.05.2017, vorgelegt im Dezember 2017 von dem Projektteam der Kreisverwaltung, ist die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft auf Kreisebene sinnvoll und notwendig. In den meisten Städten und Gemeinden des Landkreises herrscht ein akuter Mangel an sozial verträglichen, d.h. finanzierbaren kleineren Wohnungen mit erschwinglichen Mieten. Mit der Schaffung und dem Erhalt von preiswertem Wohnraum könnte der angespannte Wohnungsmarkt deutlich entlastet werden. Dabei sollte speziellen Anforderungen in den jeweiligen Städten und Gemeinden Rechnung getragen werden, insbesondere dem demographischen Wandel. Neben Neubauten sollten bestehende Siedlungsstrukturen, Fachwerk und Altbauten erhalten bleiben. Zur Finanzierung stehen staatlichen Mittel zur kommunalen Wohnraumförderung durch Bund und Land zur Verfügung.

Dr. Christian Knoche
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2018/0770 Anlage 1
2018/0770 Anlage 2
2018_0770 Anlage 3
2018_0770 Anlage 4
2018_0770 Anlage 5

Anlagenbeschreibung

Anlage 1

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018

Anlage 2

Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2018

Anlage 3

Antrag der FW-Fraktion vom 01.03.2018

Anlage 4

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FDP, FW und DIE LINKE. vom 05.03.2018

Anlage 5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2018